DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag des Werra-Meißner-Kreises

DIE LINKE. Fraktion, Boyneburger Str. 13, 37269 Eschwege

An den
Vorsitzenden des Kreistages
des Werra-Meißner-Kreises
Herrn Dieter Franz
Schlossplatz 1

37269 Eschwege

Eschwege, 28.08.2016

Sehr geehrter Herr Franz,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu nehmen.

Barcelona-Erklärung zu TTIP, CETA und TISA

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises ist zutiefst darüber besorgt, dass die Verträge zu TTIP, CETA und TISA unsere legislativen Handlungsspielräume und unsere Möglichkeiten öffentliche Mittel einzusetzen (einschließlich der öffentlichen Beschaffung) beschränken und uns außerdem stark in unserer Kernaufgabe behindern, Menschen in Fragen der Daseinsvorsorge zu unterstützen: Wohnen, Gesundheit, Umwelt, soziale Dienste, Bildung, lokale wirtschaftliche Entwicklung oder Ernährungssicherheit.

2. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass die derzeitigen Verhandlungen über TTIP und TiSA so lange ausgesetzt und die Regelungen zu CETA nicht ratifiziert werden, bis den Anliegen von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Ratifizierung eines jeden dieser Verträge in vollem Umfang Rechnung getragen wird.

3. Der Werra-Meißner-Kreis unterstützt und unterzeichnet deshalb die entsprechende „Erklärung von Barcelona“ vom 21.04.2016 (https://www.ttip-free-zones.eu/node/70).

Begründung (im Wesentlichen aus der „Erklärung von Barcelona“:

Die genannten Handelsverträge werden intransparent ausgehandelt und erfüllen damit nicht die europäischen demokratischen und partizipativen Standards. Wir glauben, dass Transparenz nicht Handelsgeheimnissen geopfert werden darf. Lokale und regionale Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen müssen als integraler Bestandteil bei der Aushandlung der Mandate beteiligt sein.

Es ist anzuzweifeln, dass diese neue Generation von Handelsabkommen für die Gesellschaft als Ganzes von Nutzen ist. Europa darf seine Wirtschaft nicht nur auf „Freihandel“ aufbauen, sondern muss auch soziale und ökologische Rechte, ebenso wie Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

Wir sind zutiefst darüber besorgt, dass diese Verträge unsere legislativen Handlungsspielräume und unsere Möglichkeiten öffentliche Mittel einzusetzen (einschließlich

der öffentlichen Beschaffung) beschränken, und uns außerdem stark in unserer Kernaufgabe behindern, Menschen in Fragen der Daseinsvorsorge zu unterstützen: Wohnen, Gesundheit, Umwelt, soziale Dienste, Bildung, lokale wirtschaftliche Entwicklung oder Ernährungssicherheit.

Darüber hinaus sind wir über die Tatsache beunruhigt, dass diese Abkommen demokratische Prinzipien gefährden, indem sie den politischen Rahmen wesentlich reduzieren und die öffentliche Entscheidungsfreiheit einschränken. Die Durchsetzung einer ganzen Reihe von Maßnahmen wird tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung haben. Das betrifft insbesondere Instrumente wie das Investor-Staat Streitschlichtungsverfahren (ISDS) oder das Internationale Gerichtssystem (ICS), die Regulatorische Kooperation in TTIP, sowie Änderungen bei der Regelung öffentlicher Dienstleistungen und des öffentlichen Beschaffungswesens.

Wir erkennen die Bedeutung des Handels von Waren und Dienstleistungen für das Wohl der Bevölkerung an, aber wir betonen, dass Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum nicht die einzigen Kriterien bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und anderen (wie TISA) sein dürfen. Wir glauben, dass internationaler Handel auf Kriterien basieren muss, die nicht bloß auf die Ausweitung von Freihandel beschränkt sind. Wir müssen einen Handel verteidigen, der fair und nachhaltig ist, und der Arbeitnehmerrechte wahrt.

Bei TTIP und CETA geht es nicht nur um Handel und den Abbau von Handelshemmnissen, es geht um Grundfragen von Rechtsstaat und Demokratie. Denn die Abkommen sind als „living agreement" geplant, als Abkommen, die von EU-Behörden zusammen mit Konzern-Lobbyisten fortentwickelt werden sollen, fernab aller Rechtsnormen unter Umgehung der notwendigen politischen Kontrolle. Demokratische Gestaltungsmöglichkeit wird so immer mehr ausgehebelt. Solche intransparenten und demokratiebefreiten Ausschüsse sollen auch verhindern, dass nationale Gesetze und kommunale Satzungen erlassen werden, die angeblich im Widerspruch zu den Handelsabkommen stehen (Regulatorische Kooperation). Eine Stillstandsklausel legt darüber hinaus fest, dass einmal privatisierte Dienstleistungen nicht mehr rekommunalisiert werden dürfen.

Wir halten es für unsere Pflicht als gewählte Vertreter und Volksvertreterinnen, lokale Gemeinschaften und demokratische Institutionen als Räume für Debatten und Entscheidungsfindungen zu erhalten, die öffentliche Verwaltung zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Umwelt zu schützen, sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die lokale Wirtschaft zu unterstützen.

Wir beglückwünschen die sozialen Bewegungen, die diese europäische Debatte ermöglicht haben, drücken unsere Anerkennung für ihren Beitrag aus und laden sie ein, ihre Arbeit fortzusetzen.

Alleine in Hessen haben über 16 Landkreise, Städte und Gemeinden TTIP-kritische Erklärungen verabschiedet. Darunter sind unter anderen Kassel, Marburg, Fulda, Rüsselsheim, Eschwege, Witzenhausen, der Vogelsbergkreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Groß-Gerau, Landkreis Bergstraße, Odenwaldkreis, Kreis Waldeck-Frankenberg.

DIE LINKE. Fraktion im
Kreistag des Werra-Meißner-Kreises

Bernhard Gassmann

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag, B.Gassmann, Boyneburger Str. 13, 37269 Eschwege, 0175 271 541 2